

Klimawandel und Entwicklungspolitik

Harald Fuhr

Der Autor diskutiert die Chancen und Risiken bei der Einbindung des Südens in die internationale Klimapolitik. Lange Zeit hatten die Entwicklungsländer am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, wären aber am stärksten von ihm betroffen. Mittlerweile jedoch tragen diese Länder in erheblichem Maße selbst zum Klimawandel bei. Allerdings setzen deren Regierungen auf Zeit. Sie erwarten Ressourcentransfers. Dies verstärkt auch alte Probleme des ‚*Rent-Seeking*‘.

Die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer war nicht Gegenstand des Kyoto-Protokolls von 1997 und muss folglich auch keine Emissionsreduktionen bis zu dessen Laufzeitende im Jahr 2012 vornehmen. Nur eines der sogenannten Kyoto-Instrumente, der *Clean Development Mechanism*, erlaubt durch ausgeklügelte Policy- und Ressourcentransfers, diese Ländergruppe aktiv in die Verpflichtungen zur Emissionsreduktion der Annex-I-Länder einzubeziehen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit erst spät auf den Klimawandel reagierte. Fünf Faktoren werden aller Voraussicht nach demnächst dazu beitragen, die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit im Kontext des Klimawandels grundlegend zu verändern:

- (I) Die Entwicklungsländer haben historisch am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, sind aber von dessen negativen Auswirkungen am stärksten betroffen.
- (II) Viele Entwicklungsländer, insbesondere aber die Schwellenländer, tragen mittlerweile selbst erheblich zum Klimawandel bei und bedürfen einer zügigen Neuausrichtung ihres Produktionsapparats.
- (III) Regierungen in Entwicklungsländern setzen – rational, aber auch riskant – in internationalen Verhandlungen auf Zeit und erwarten zunächst einen massiven Ressourcentransfer seitens der Industrieländer
- (IV) Die neuen und in Planung befindlichen internationalen Klimafonds zugunsten von Entwicklungsländern erlauben zwar eine Finanzierung notwendiger klimapolitischer Anpassungsmaßnahmen, schaffen aber gleichzeitig auch neue Probleme, nämlich Möglichkeiten zur Mittelveruntreuung und für *Climate Rent-Seeking*.

- (V) Internationale Entwicklungsorganisationen müssen sich selbst in den nächsten Jahren auf den Klimawandel vorbereiten und ihre Operationen nicht nur klimaneutral gestalten, sondern sie möglichst auch auf die Treibhausgasreduktion ausrichten.

Klimawandel durch den Norden

Spätestens mit der Veröffentlichung des vierten Sachstandsberichts des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) im Jahr 2007 wurde offensichtlich, dass sich die negativen Folgen eines veränderten Weltklimas am stärksten in den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zeigen werden. Die Ländergruppe, die historisch am wenigsten zum veränderten Weltklima beiträgt, ist am stärksten von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen des Klimawandels betroffen. So betonte der *Human Development Report* des *United Nations Development Program* (UNDP) im Jahr 2007, dass durch den Klimawandel in den nächsten 50 bis 80 Jahren 600 Millionen Menschen zusätzlich von Hunger und Mangelernährung und weitere 1,8 Milliarden Menschen von Wassermangel betroffen sein werden. Zudem werden in diesem Jahrhundert laut UNDP 330 Millionen Menschen aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels dauerhaft vertrieben und weitere 220 bis 400 Millionen Menschen Malariaerkrankungen ausgesetzt sein. Diese Entwicklungen könnten die bisher erreichten Fortschritte in der Umsetzung der *Millenniumsziele* in nur wenigen Jahren wieder zunichtemachen. Auch die Zahlen zu den klimainduzierten Naturkatastrophen weltweit belegen, dass gerade die ärmsten Entwicklungsländer am stärksten negativ vom Klimawandel betroffen sind.¹ Berechnungen von William Cline zufolge sind die Auswirkungen insbesondere in der Landwirtschaft in Äquatornähe in Afrika und Lateinamerika, aber vor allem in Indien am gravierendsten.²

Was dieser Ländergruppe bleibt, sind Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. Hier wird es vor allem um den Auf- und Ausbau geeigneter Infrastruktur gehen, das heißt um Maßnahmen des Küstenschutzes, neue Bewässerungsanlagen, Wiederaufforstung, gezielte Umsiedlungen und neue landwirtschaftliche Produktionsverfahren. Diese massiven Infrastrukturinvestitionen werden – so die Forderung der Entwicklungsländer und Zugeständnisse der OECD-Länder – von bilateralen und multilateralen Gebern in Form von Zuschüssen finanziert, wobei sich das jährliche Mittelvolumen ab dem Jahr 2020 auf ca. 100 Milliarden US-Dollar

1 UNDP 2007; World Bank 2009.

2 Cline 2007.

belaufen soll. Diese Mittel müssen zusätzlich zur bereits existierenden Entwicklungshilfe bereitgestellt werden, was de facto zu einer Verdoppelung der Hilfsleistungen der OECD führen würde.

Die bisher genannten Daten lassen vermuten, dass Entwicklungsländer vor allem Opfer des Klimawandels sind, der seinen Ursprung im Produktions- und Lebensstil in den Industrieländern hat. Viele Entwicklungsländer aber sind heute nicht mehr passive Teilnehmer, sondern durch ihr carbonintensives Wirtschaftswachstum mittlerweile in erheblichem Maße mitverantwortlich für den beschleunigten Klimawandel.

Klimawandel durch den Süden

Neuesten Daten der Vereinten Nationen und der Weltbank zufolge haben die meisten Entwicklungsländer einen im Vergleich zu den Industrieländern deutlich höheren Anteil an CO₂-Emissionen pro Einheit ihres Bruttoinlandsprodukts. Das heißt ihre gegenwärtigen Produktionsverfahren sind in hohem Maße carbonintensiv. Aber auch die absoluten CO₂-Emissionen steigen an. Am deutlichsten zeigt sich dies in den Schwellenländern Brasilien (+ 58 Prozent gegenüber 1990), China (+ 109 Prozent) und Indien (+ 97 Prozent), aber auch in Korea (+ 93 Prozent) und Indonesien (+ 77 Prozent).³ Werden überdies die Folgen von Entwaldung mit in den globalen CO₂-Ausstoß einbezogen, liegen die Gesamtemissionen der Entwicklungsländer heute schon fast 50 Prozent über denen der OECD-Länder. Nach dieser Berechnung gehören neben China und Russland auch Brasilien und Indonesien zu den fünf größten Emittenten von Treibhausgasen.

Zwar halten die meisten Entwicklungspolitiker aktive Emissionsreduktionen in Entwicklungsländern noch nicht für notwendig. Es häufen sich jedoch die Anzeichen, dass auch in dieser Ländergruppe, auf jeden Fall in den Schwellenländern, Emissionsreduktionen zielstrebig vorgenommen werden müssen und der Einstieg in eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit niedrigem Carbonanteil frühzeitig erfolgen muss. Das dürfte insbesondere dann unausweichlich sein, wenn zutrifft, was Wheeler und Ummel betonen, nämlich dass „under a business as usual scenario, cumulative emissions from the South will probably exceed those from the North soon after 2025. By that time, the atmospheric CO₂ concentration attributable to the South alone will match the global concentration [...] in 1992. And things will get steadily worse for the South as the 21st century progresses.“⁴

3 Eigene Berechnungen basierend auf World Development Indicators Online.

4 Wheeler / Ummel 2007, S. 8 f.

Alle Klimaexperten sind sich überdies einig, dass ohne eine parallel massiv verringerte Entwaldung in Ländern mit großen Tropenwäldern das weltweite Klimaproblem (und das Einhalten des proklamierten Zwei-Grad-Ziels) nicht lösbar sein werden.

All das bedeutet, dass in den nächsten beiden Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen auch in Entwicklungsländern geleistet werden müssen, um CO₂-Emissionen zu reduzieren, die Entwaldung zu stoppen und carbonintensive Wachstumspfade zu verlassen. Dies impliziert, dass gerade in der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit gänzlich neue Alternativen, gerade im Energiebereich, entwickelt werden müssen.⁵ Denkbar ist hier sogar, dass sich die Landwirtschaft und Viehzucht in Industrie- und Entwicklungsländern wieder stärker auf sich selbst konzentrieren und der internationale Handel mit diesen Gütern aufgrund der hohen CO₂-Intensität wieder abflacht. Welche Strategie auch immer im Einzelfall gewählt wird, es gibt außer allgemeinen Vorstellungen bislang noch keine klaren Vorbilder dafür. Die seit den 1950er Jahren vorherrschenden Entwicklungsstrategien jedenfalls, mit ihrem Fokus auf die Steigerung von Pro-Kopf-Einkommen und auf Produktivitätssteigerungen in der Industrie und Landwirtschaft, auf Exportoffensiven und auf beschäftigungswirksame Strategien der Armutsbekämpfung, werden in Zukunft als genau die Strategien verurteilt werden, die zur Erderwärmung beigetragen haben. Das heißt freilich nicht, dass wir zukünftig auf Wirtschaftswachstum verzichten können. Ganz im Gegenteil. Es muss nur gänzlich anders – carbonreduziert bzw. carbonfrei – generiert und in eine konsistente Strategie eingebaut werden.⁶

Unterschiedliche Interessen der Entwicklungsländer

Solange es keine geeigneten internationalen Steuerungsmechanismen und keinen effektiven Preismechanismus gibt, um den Einsatz von *carbon-intensiven* Energieträgern zu regulieren, werden sich bei offenen Märkten in künftigen Verhandlungen immer wieder Strategien durchsetzen, die auf Zeit setzen. Das ist für einzelne Entwicklungsländer vorteilhaft. Zudem können deren Regierungen durch ihr *Wait-and-See*-Verhalten zusätzliche Ressourcen generieren, die sie entweder für sich selbst oder den sozialen Fortschritt in ihren Ländern nutzen können. Aus dieser Sicht sind auch Strategievorschläge verständlich, die vorläufig auf Freigrenzen für einzelne Entwicklungsländer setzen und diese erst ab 2025 oder 2030 zur Emissionsreduktion verpflichten.

5 Vgl. Murphy et al. 2008.

6 Vgl. zum Beispiel Brown 2009.

An dieser Stelle wären sicher Differenzierungen nach einzelnen Ländergruppen und Interessen entsprechend des ökologischen Fußabdrucks und der konkreten wirtschaftlichen Dynamik notwendig.⁷ Insbesondere Entscheidungsträger in Ländern mit noch geringem CO₂-Ausstoß betonen, dass der Klimawandel ein Problem des Nordens sei und auch von ihm gelöst werden müsse. Sie sehen sich als Opfer des sich verändernden Klimas und befürchten folgerichtig Wachstumseinbußen, Einschränkungen bei der Armutsbekämpfung und damit einhergehende politische Instabilitäten. Sie erwarten ebenso massive Kapitaltransfers aus dem Norden zum Ausgleich für die gravierenden Folgen des veränderten Klimas in ihren Ländern. In der Praxis stehen heute bereits mehrere multilaterale Klimafonds zur Verfügung, die einzelnen Regierungen dabei helfen sollen, Erstinvestitionen für die Anpassung an den Klimawandel zu tätigen. Die Höhe dieser Transfers aus den Industrieländern ist allerdings umstritten. Die meisten Länder haben sich zwar für eine klare Priorität von Entwicklung und Armutsreduktion gegenüber Emissionsreduktion ausgesprochen. Gleichzeitig haben sie sich allerdings im Bali-Aktionsplan 2007 auch dazu entschlossen, sogenannte *National Appropriate Mitigation Actions* (NAMAs) zu ergreifen.

Freilich ist mit Blick auf die Zahlen und die Zukunft ein übermäßig taktisches Verhalten von Entwicklungsländern in Klimaverhandlungen auch riskant, da die künftigen Wettbewerbsvorteile eindeutig bei denjenigen Ländern liegen, die trotz hoher Initialkosten frühzeitig ihren Produktionsapparat auf niedrige Carbonintensität umgestellt haben. Während so einige Regionen nach wie vor eher passiv bleiben und Mittel einfordern, antizipieren andere bereits die künftigen Herausforderungen. Im Gegensatz zu der eher kritisch-abwartenden Haltung der Regierung Nicaraguas engagierte sich die Regierung des Nachbarlands Costa Rica beispielsweise in den vergangenen Jahren nicht nur stark im Bereich des Klimaschutzes, sondern plant auch, zu Beginn der nächsten Dekade Carbonneutralität zu erreichen. Mit einem derartigen ‚Gütesiegel‘ positioniert sich das Land in seinem regionalen Umfeld neu.

Sehr wahrscheinlich ist es aber, dass alle diese Verhandlungen nicht mehr allein von staatlichen Regierungen geführt werden, sondern dass sich die vom Klimawandel Betroffenen auch unterhalb der Schwelle des Staates aktiv engagieren. Bereits heute gibt es einen lebhaften Austausch auf substaatlicher Ebene über Reform- und Managererfahrungen.⁸

7 WBGU 2009, S. 30 f.

8 Vgl. Kamal-Chaoui / Robert 2009.

Nord-Süd-Partnerschaften von Städten könnten allein schon wegen des lokalen Problemdrucks pragmatische Reform- und Anpassungsmaßnahmen viel rascher vorantreiben als die Regierungspolitik.⁹

Es geht in den nächsten Jahren bei der Lösung des Klimaproblems keineswegs allein um technische Fragen, sondern letztlich um politische Aushandlungsprozesse; es geht um die Qualität von *Governance* in den Entwicklungsländern selbst. Diese Prozesse innerhalb und zwischen den betroffenen Ländern zu ermöglichen und konstruktiv mitzugestalten wird folglich für die internationale Entwicklungszusammenarbeit immer wichtiger.

Das gilt vor allem für den Fall, dass sich der „Budgetansatz“ zur Lösung des Klimaproblems durchsetzt. Von diesem Ansatz, der jedem Weltbürger ein bestimmtes, an historische Emissionspfade geknüpftes Volumen von CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 erlaubt, könnten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern in den nächsten Jahrzehnten durch einen Handel mit internationalen Emissionsrechten enorm profitieren. Aber hier beginnt ein neues Problem, da ein solch historisch einmaliger Ressourcentransfer von Nord nach Süd, zusätzlich zu den bereits angekündigten multilateralen Anpassungs- und Klimafonds, aller Voraussicht nach zu neuen Steuerungsproblemen führt.

Klimafonds – Chance oder ‚Rent-Seeking‘?

Angesichts der genannten Krisenszenarien in Entwicklungsländern stimmen die meisten Experten darin überein, dass in den nächsten beiden Jahrzehnten vorwiegend Investitionen in Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel erfolgen müssen. Ein Großteil dieser Investitionen wird entsprechend bilateraler und multilateraler Zusagen, die bereits in Kopenhagen gegeben wurden, von massiven internationalen Finanz- und Technologietransfers in der Größenordnung von rund 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr begleitet. Diese Mittel sollen zusätzlich zu den gegenwärtigen Hilfeleistungen (Summe der Mittel für Official Development Assistance im Jahr 2009: 119,6 Milliarden US-Dollar) bereitgestellt werden und würden somit de facto zu einer Verdoppelung des gegenwärtigen Ressourcenflusses beitragen. Darüber hinaus werden weitere Mittel zur Verfügung stehen, z. B. durch den Verkauf von Emissionsrechten an Industrieländer,¹⁰ durch Transfers zum Erhalt des Tropenwaldes und durch weitere freiwillige Transfers vor allem von nicht staatlichen Akteuren.

9 Vgl. Brown 2009, S. 143 ff.

10 Siehe auch den Artikel von Harnisch und Wienges in diesem Heft.

Wenn die Berechnungen des genannten Budgetansatzes zugrunde gelegt werden, bedeutet dies, dass die Industrieländer selbst bei maximalen Anstrengungen zur eigenen Emissionsreduktion (im Falle Deutschlands z. B. bereits ab 2020) Emissionsrechte von Ländern mit niedrigerem CO₂-Ausstoß aufkaufen müssten. Dadurch könnten sich die Transfers durch den Emissionshandel zugunsten dieser Ländergruppe bei einem konservativ geschätzten Preis von circa 10 bis 30 US-Dollar pro Tonne CO₂ auf weitere 30 bis 90 Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöhen.¹¹ Die Vielzahl neuer Klimafonds und der Zustrom von Mitteln aus dem Emissionshandel – dann mit einer nahezu Verdreifachung des gegenwärtigen Entwicklungshilfevolumens – ist zunächst insofern positiv, als mit diesen Finanztransfers in den nächsten Jahren Anpassungsmaßnahmen in stark betroffenen Entwicklungsländern finanziert und der Übergang vieler Entwicklungsländer in ein neues Post-Carbon-Zeitalter unterstützt werden kann. Es wäre jedoch kurzsichtig, von diesem massiven Mitteleinsatz automatische eine verbesserte Entwicklungspartnerschaft und eine Lösung des Klimaproblems zu erwarten.

Bereits in der heutigen Entwicklungszusammenarbeit zeigen sich in vielen Partnerländern, vor allem in Ländern mit fragiler Staatlichkeit, gravierende Probleme bei der Mittelallokation und in der zielgerichteten Verwendung der Mittel (etwa für Armutsbekämpfung). Schwächen in der Finanzverwaltung, mangelhafte Kontrollmöglichkeiten seitens der Bevölkerung auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen sind gut bekannt. Bedauerlicherweise handelt es sich bei diesen Verwaltungsproblemen nicht allein um Kapazitätsschwächen, denen man mit technischer Beratung beikommen könnte. In vielen Fällen liegt ein „erfolgreiches“ Scheitern insofern vor, als es lokalen Eliten immer wieder gelingt, *Easy Money* (Renten) aus der Entwicklungszusammenarbeit für sich abzuzweigen. Mehr noch: Das Vorhandensein derartiger Mittel führt in vielen Fällen dazu, dass eigene Anstrengungen zur Mittelmobilisierung und deren effiziente Verwendung gelähmt werden. Angesichts der Höhe der zur Verfügung stehenden Ressourcen – und der Schwierigkeiten in deren Verwaltung – muss also realistisch auch ein ‚*Rent-Seeking*‘-Verhalten bei lokalen Entscheidungsträgern einkalkuliert werden, das umso stärker zum Vorschein treten dürfte, je schwächer die Bedingungen der Mittelverwendung formuliert und überwacht werden. In der Debatte zum Schutz tropischer Regenwälder wurden derartige Probleme der Verifikation, des Monitorings und der Mittelallokation bereits genannt und Vorschläge für entsprechende

11 WBGU 2009, S. 37.

Maßnahmen liegen vor.¹² Unsicher bleibt bislang, ob der politische Wille vorhanden ist, diese auch stringent zu implementieren.

Anpassung der Entwicklungsorganisationen

Mit den Grundsätzen „Development as usual is no longer an option“¹³ und „Act now, act together, act differently“¹⁴ verweisen OECD und Weltbank in ihren neuesten Berichten auf die enormen Herausforderungen, die sich durch den Klimawandel für die bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ergeben.

Die Anpassung an den Klimawandel dürfte eine Vielzahl an kostenintensiven, institutionellen Veränderungen – zunächst innerhalb dieser Organisationen – nach sich ziehen, angefangen von der Einstellung neuen Personals und der Schulung bestehender Mitarbeiter, der Etablierung neuer klimaorientierter Querschnittsgruppen und neuer Abteilungen zum Management der genannten Klimafonds und zur Entwicklung konkreter klimapolitischer Aktivitäten. Zudem bedarf es einer besseren operativen Abstimmung zwischen den involvierten Behörden. Bei den eher zentralisierten Behörden wie USAID (USA) und UK-Aid bzw. DFID (Großbritannien) werden diese Maßnahmen zur *Climate Readiness* wohl einfacher zu implementieren sein als in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, wo das gesamte Geflecht von Beziehungen zwischen BMZ, AA und BMU und den Durchführungsorganisationen, wie etwa der KfW und der GTZ, zur Disposition steht.

Als weiteren Schritt müssten die Entwicklungshilfeorganisationen in den nächsten Jahren nicht nur die Gesamtheit ihrer Dienstleistungen daraufhin überprüfen, ob sie klimaneutral sind und zur Beseitigung von Klimaproblemen in den Partnerländern beitragen. Wenn Entwicklungsorganisationen glaubwürdig bleiben wollen und den Partnerschaftsgedanken ernst nehmen, müssten diese streng genommen sogar eine deutlich negative CO₂-Bilanz für ihre Gesamttätigkeit ausweisen. Das dürfte eine Vielzahl völlig neuer Projekt-, Programm- und Netzwerk-Initiativen zur Folge haben, die teilweise im Gegensatz zu den bisherigen CO₂-intensiven Wachstumspolitiken stehen.¹⁵

Wie seinerzeit beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft in den 1990er Jahren so wird auch der Übergang in Richtung einer

12 Vgl. Eliasch 2008, S. 191ff.

13 OECD 2009, S. 18.

14 World Bank 2009, Kapitel 8.

15 Vgl. Brooks et al. 2009.

Post-Carbon-Zeit eine Vielzahl an Risiken, aber auch Chancen mitbringen. Die Risiken dieses Wandels entstehen durch dessen Kosten, dessen Management und – je nach politischer Lage – aus der Art der Verteilung dieser Kosten, die zu neuen Benachteiligungen und zu neuen Privilegien in Entwicklungsländern führen können. Gegen den Wandel werden sich alle diejenigen Gruppen wehren und auf großzügige Ausnahmeregelungen pochen, die von der alten Ordnung profitierten. Demgegenüber stehen auf absehbare Zeit die in den heutigen Entwicklungsländern zahlenmäßig noch schwächeren Gruppen, die sich von einem Wandel eine Verbesserung ihrer Lage erwarten. Die Chancen des Wandels sind indes immens, denn er könnte in Entwicklungs- und Schwellenländern über Jahrzehnte eine Vielzahl neuer Investitionen generieren, Arbeitsplätze schaffen und eine Vielzahl klimafreundlicher Produkte und Dienstleistungen hervorbringen.

Aus den bisherigen ‚Gebern‘ und ‚Nehmern‘ würden folglich noch deutlicher als bisher *Partner* mit wechselseitigen Interessen.

„Internationaler Klimaschutz muss also einhergehen mit einer globalen Entwicklungspartnerschaft zwischen ‚Hoch-Emissions-‘ und ‚Niedrig-Emissionsländern‘. Vielen Entwicklungsländern wird der Weg in eine emissionsfreie Zukunft über Transferleistungen geebnet, denn der Aufbau ihrer nachhaltigen Energiesysteme wäre weitgehend über den Emissionshandel finanzierbar. Ihr doppelter Vorteil ist, dass sie die Bürde einer fossilen Pfadabhängigkeit günstig vermeiden können, ohne dass ihnen Entwicklungschancen verloren gehen.“¹⁶

Die zentrale Aufgabe der internationalen Entwicklungszusammenarbeit – neu gedacht und neu organisiert als historische Partnerschaft – wird folglich sein, Beiträge zu leisten, die helfen, den Wandel konstruktiv zu gestalten, länderspezifische Risiken des Klimawandels zu antizipieren und zu minimieren und die Chancen zu maximieren, die sich für diese Ländergruppe trotz aller einhergehenden Gefahren ergeben. Unabhängig von diesen bilateralen und multilateralen Aktivitäten, die das gewichtige Management der bereitgestellten finanziellen Ressourcen übernehmen müssen, wird sich wohl eine Vielzahl von entwicklungspolitischen Initiativen zeigen, die von nicht staatlichen Akteuren angeführt werden. Diese Initiativen dürften dann zunehmen, wenn sich marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen in der Klimapolitik durchsetzen.

Literaturverzeichnis

- Brooks, Nick / Grist, Natasha / Brown, Katrina: Development Futures in the Context of Climate Change: Challenging the Present and Learning from the Past, in: *Development Policy Review* 27 (6) 2009, S. 741–765.
- Brown, Lester B.: *Plan B 4.0. Mobilizing to Save Civilization*. Norton, New York 2009.
- Cline, William: *Global Warming and Agriculture. Impact Estimates by Country*. Peterson Institute for International Economics, Washington D. C. 2007.
- Eliasch, Johan: *Eliasch Review. Climate Change: Financing Global Forests*. OCC/UK Government, London 2008.
- Fuhr, Harald / Lederer, Markus / Schröder, Miriam: Klimaschutz und Entwicklungspolitik: Der Beitrag privater Unternehmen, in: Risse, Thomas / Ursula Lehmkuhl (Hrsg.): *Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit*, Nomos, Baden-Baden 2007, S. 292–308.
- Kamal-Chaoui, Lamia / Robert, Alexis (Hrsg.): *Competitive Cities and Climate Change*. Paris, OECD 2009.
- Murphy, Deborah u. a.: *Furthering EU Objectives on Climate Change and Clean Energy. Building Partnerships with Major Developing Economies*. International Institute for Sustainable Development, Winnipeg 2008.
- OECD (2009): *Development Co-operation Report 2010*, Paris, OECD.
- Ummel, Kevin / Wheeler, David: *Desert Power: The Economics of Solar Thermal Electricity for Europe, North Africa, and the Middle East*. Center for Global Development, Washington D. C. 2009.
- UNDP: *Human Development Report 2007/2008. Fighting Climate Change. Human Solidarity in a Divided World*. UNDP, New York 2007.
- WBGU: *Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz*. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Berlin 2009.
- Wheeler, David / Ummel, Kevin: *Another Inconvenient Truth: A Carbon-Intensive South Faces Environmental Disaster. No Matter What the North Does*. Center for Global Development Washington D. C. 2007.
- World Bank: *World Development Report 2010. Development and Climate Change*. World Bank, Washington D. C. 2009.



Prof. Dr. Harald Fuhr

1954 geboren, ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik, Universität Potsdam.
Ehemals Sr. Public Sector Specialist der Weltbank in Washington, D. C.

hfuhr@uni-potsdam.de